

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/84

3. Mai 1972

Die innere Sicherheit der Bundesrepublik

Über Grenzen und Mittel eines gemeinsamen
Handelns

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen
Bundestages

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Ein neuer Beginn?

Sportkontakte durch Verkehrsvertrag

Von Dr. Adolf Müller-Simmert MdB
Mitglied des Bundestagssonderausschusses
für Sport und Olympische Spiele

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Die Illusionen des Herrn von Weizsäcker

Beunruhigende Verkennung weltpolitischer
Tatsachen

Seite 5 und 6 / 62 Zeilen

Engagierte Bürger

Ein Gewinn für die Demokratie

Seite 7 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heusaaltee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 646 / 886 647
886 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die innere Sicherheit der Bundesrepublik

Über Grenzen und Mittel eines gemeinsamen Handelns

Von Hellmut Sieglerschmidt MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Einer der Schwerpunkte der jüngsten Haushaltsberatungen war die Diskussion um die innere Sicherheit. Vor kurzem haben sich auch die Innenminister der Länder, von denen gegenwärtig fünf der SPD, vier der CDU bzw. CSU und zwei der FDP angehören, mit diesem Thema befaßt und sich erfreulicherweise über Grundsätze für ein einheitliches Sicherheitsprogramm geeinigt. Der Bundeskanzler hat an die Opposition appelliert, sich gerade auch auf diesem Gebiet zu einem gemeinsamen Handeln bereitzufinden.

Einigkeit zwischen Regierungsparteien und Opposition im Bundestag besteht sicherlich darüber, daß die innere Sicherheit im wesentlichen durch zwei Erscheinungen gefährdet ist: Kriminalität und politischer Radikalismus. Schwieriger wird die Übereinstimmung jedoch, wenn es um Grenzen und Mittel des Vorgehens gegen diese Erscheinungen geht. Das gilt insbesondere für die Feststellung, welches Gewicht jeweils den einzelnen dieser Mittel zukommt.

Gelegentlich kann man beobachten, daß bei uns auch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die den Kommunismus im übrigen heftig verdammen, mit einem gewissen Neid auf die "vollkommene" innere Sicherheit in kommunistischen Ländern blicken: Die Kriminalität, insbesondere die Gewaltkriminalität, ist, soweit bekannt, erheblich geringer als in westlichen Ländern, Rauschgiftprobleme gibt es offenbar nicht. An den Universitäten, an denen Studenten mit großem Fleiß studieren, herrscht weitgehend Ruhe. Keine "langhaarigen Anarchisten" beunruhigen den Bürger mit Bärten und Bomben. Nicht einmal pornographischer "Schweinkram" ist an den Zeitungskiosken zu finden.

Dies alles ist auch bei uns zu haben - aber nur um den Preis rigoroser Einschränkungen der Freiheit des Einzelnen mit polizeistaatlichen Methoden. Hier liegen die Grenzen des Vorgehens gegen Kriminalität und politischen Radikalismus. Wer den Bürgern unseres Landes weismachen will, in einer Gesellschaft unserer Entwicklungsstufe ließen sich, sofern die Regierung sich nur mit Nachdruck dafür einsetze, entsprechende Zustände erreichen, ohne unsere freiheitliche Ordnung zu demontieren, der verbreitet bestenfalls Illusionen und schlimmstenfalls demagogische Lügen.

Was die Mittel betrifft, die gegen Kriminalität und politischen Radikalismus erfolgversprechend einzusetzen sind, so ist davon auszugehen, daß es sich in der Regel in beiden Fällen - unabhängig von der persönlichen Verantwortlichkeit des Einzelnen - um

Symptome gesellschaftlicher Krankheiterscheinungen handelt. Strafverfolgung und administrative Maßnahmen wie Vereinigungs- und Versammlungsverbote lassen die Symptome zunächst verschwinden, aber sie beseitigen in den meisten Fällen nicht die ihnen zugrunde liegenden Krankheiten. Das bedeutet gewiß nicht, daß man auf die erwähnten Mittel verzichten könnte, aber es verhilft uns dazu, ihren begrenzten Stellenwert für Wahrung und Festigung der inneren Sicherheit zu erkennen.

Auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung ist vor allem die Vorbeugung durch einen von Grund auf modernisierten Strafvollzug entscheidend, der wirksamer als bisher die hohe Zahl der Rückfalltäter senkt. Das von der Bundesregierung vorbereitete Strafvollzugsgesetz will die Voraussetzungen für einen solchen, der Wiedereingliederung des Straftäters in die Gesellschaft dienenden Strafvollzug schaffen. Das Verbrechensbekämpfungsprogramm der Bundesregierung soll durch Verbesserung der materiellen und personellen Ausstattung der Kriminalpolizei, durch ein verschärftes Waffenrecht, durch Beschleunigung der Strafverfahren und durch ein wirksameres Haftrecht den Ziel der Verhinderung von Verbrechen mit einer Intensität dienen, wie das unter keiner Regierung zuvor geschehen ist.

Auch gegen politischen Radikalismus ist das wichtigste Mittel nicht die Polizei und der Verfassungsschutz, sondern eine entsprechende Politik. Wer die Ausbreitung revolutionärer Gesinnung verhindern will, muß, wie die Bundesregierung, die notwendigen Reformen anpacken.

Der unaufhaltsame Rückgang der Stimmen der DKP und NPD bei den Wahlen der letzten Jahre spiegelt den Erfolg einer solchen Politik wider. Dazu gehört nicht zuletzt ein Verhalten der demokratischen Parteien, das die Attraktivität der demokratisch-parlamentarischen Ordnung bei einer unruhigen, zum politischen Rigorismus neigenden Jugend nicht in Frage stellt. Nicht, daß die Opposition einen Mißtrauensentwurf gegen den Bundeskanzler im Bundestag einbrachte, sondern wie, d.h. mit welchen Mitteln und unter welchen Begleitumständen sie dabei vorging, ist in dieser Hinsicht bedenklich.

Gemeinsames Handeln der demokratischen Parteien auf dem Gebiet der inneren Sicherheit ist das Gebot der Stunde. Aber eine solche Gemeinsamkeit wird nur möglich sein und Erfolg haben, wenn dabei die vorstehend dargelegten Gesichtspunkte angemessen berücksichtigt werden.
(-/ee/3.5.1972/ks)

+ + +

Ein neuer Beginn?

Sportkontakte durch Verkehrsvertrag

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Bundestagssonderausschusses
für Sport und Olympische Spiele

Diese Tatsache sollte man sportpolitisch nachdrücklich festhalten: Als Bundeskanzler Willy Brandt am 27. April vor dem Bundestag unter anderem mitteilte, daß der zwischen den Staatssekretären Bahr und Kohl ausgehandelte Verkehrsvertrag auch Erleichterungen im Bereich der "...Kultur und des Sports" möglich mache, honorierte die CDU/CSU-Opposition diese Unterrichtung mit "schallendem Gelächter".

Wie immer man die Entwicklung im innerdeutschen Sportverkehr in den letzten 20 Jahren beurteilt, zum erstenmal gibt es die realistische Chance, daß erste Schritte zur Auflockerung der verhärteten sportpolitischen Front eine vertragliche Grundbasis haben. Dem "Gelächter" der Unions-Folgeordneten muß man zwangsläufig hinzufügen, daß es der CDU/CSU während ihrer 20jährigen Regierungszeit nicht gelungen ist, einen wirkungsvollen Beitrag zur Verhinderung auch des sportlichen Auseinanderlebens zu leisten.

Von dieser tatsächlichen Situation müssen auch die Sportorganisationen ausgehen, die erkannt haben, daß die Sportpolitik der SPD/FDP mehr zu leisten imstande ist, als ihr immer noch durch törichte "Staatsporttöne" allzu gerne unterstellt wird. Insbesondere die Sozialdemokraten interpretieren den Begriff Sportpolitik unter anderem in wirkungsvollen Versuchen, den Sportorganisationen bei der Lösung von Problemen zu helfen, die von der Natur der Sache her auf rein "sportlicher Ebene" nicht zu bewältigen sind. Unstreitig ist, daß die Gespräche zwischen den beiden deutschen Sportbünden im Juli und November 1970 in Halle und München leider nicht die praktischen Maßnahmen zur Folge hatten, wie dies zu hoffen und zu wünschen war. Eingebunden in die allgemein-

politische Konzeption ist für Ostberlin auch der Sport ein wichtiger Teilbereich, der sich nach DDR-Meinung nur normalisieren läßt, wenn grundsatzpolitische Vereinbarungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik die Voraussetzungen dafür bieten.

Eine Erkenntnis, die man bei seinen eigenen Überlegungen berücksichtigen muß, ob man es will oder nicht. Was das jetzt vorliegende Verhandlungsergebnis zwischen den Staatssekretären Bahr und Kohl betrifft, so sollte man die ergänzenden Ausführungen des DDR-Staatssekretärs zitieren. Kohl sagte: "Wenn hierzu Einladungen der entsprechenden Institutionen oder Organisationen vorliegen, können Bürger der BRD auch aus kommerziellen, kulturellen, sportlichen oder religiösen Gründen in die DDR einreisen". Was die Beständigkeit der Bemühungen der SPD/FDP in Parlament und Regierung angeht, so lohnt es, an die Ausführungen meines Kollegen Friedel Schürmer zu erinnern, der am 31. August des vergangenen Jahres in einem Interview mit der "Frankfurter Rundschau" die Feststellung traf: "Ich bin überzeugt, daß Staatssekretär Bahr - wie auch die Bundesregierung insgesamt - die Interessen des Sports bei den Gesprächen mit der DDR angemessen berücksichtigen wird". Dies ist geschehen.

Wenn es nun zu wirklichen Fortschritten auf dem Gebiet des Sports kommen soll, wie Bundeskanzler Willy Brandt in seinem Erfurter 20-Punkte-Vorschlag bereits angeregt hat, so müssen mehr Verständnis für die gegenseitige Position, und die realistischen Möglichkeiten aufgebracht sowie Überforderungen vermieden werden. Mit langen "Wunschkatologen" ist keinem geholfen. Gespräche zwischen den Zuständigen in Bonn und Ostberlin, dem DSB und dem DTSB, sollten jetzt auf einer vertraglichen Basis zu einem "besseren Klima" beitragen.

(-/ee/3.5.1972/ks)

Die Illusionen des Herrn von Weizsäcker

Beunruhigende Verkennung weltpolitischer Tatsachen

So wie diesem redlichen Manne ergeht es denen, die Einsichten, Erfahrungen und Tatsachen zurückstellen, wenn es um vermeintliche politische Forderungen oder gar um Taktik geht. Er erscheint peinlich unglaubwürdig, als verdränge er ein sicheres Wissen zugunsten einer Hilfeleistung. Da sprach er - am 27. April im Bundestag - abermals von der Gewißheit, nicht von einer Möglichkeit!, die Freunde der Bundesrepublik im Westen würden den Berlin-Vertrag durchsetzen, auch wenn die Ostverträge von der Mehrheit des Bundestages nicht ratifiziert werden würden. Er hätte aber lösen können, er hätte es auf direktem Wege aus den Vereinigten Staaten und dort aus prominenter Quelle erfahren können, daß die USA sich nicht in der Lage wissen, solche Trotzforderungen anzumelden, geschweige denn durchzusetzen.

Die weltpolitischen Tatsachen sind nicht so, daß die Verbündeten der Bundesrepublik im Westen tun könnten was sie wollen. Für eine Verwirklichung manchen Willens fehlte die Zustimmung des sowjetischen Partners. Das war einmal anders. Aber als es anders war, haben deutsche Bundeskanzler - nicht nur Adenauer, wenn auch dieser vor allem - die günstigere Gelegenheit nicht ausgenutzt. Der Wert der Bundesrepublik Deutschland war einmal größer für die Großmacht im Westen, strategisch, taktisch, in der Politik des Austausches der Interessensphären - in vieler Hinsicht. Blinder Wunsch nach einseitig empfundener Stärke verführte zu dem billigen Schlagwort, daß "keine Experimente" gewagt werden dürften, so Außenminister Dr. von Brentano, daß die deutsche Entscheidung nicht dränge, daß ein deutscher Beitrag zur Entspannung besser überhaupt zurückgehalten werden müsse, zumindest aber nicht detailliert gegeben werden dürfe, so Außenminister Schröder 1963, und daß "die Zeit nicht reif" sei, so Bundeskanzler Kiesinger noch 1967.

Sie war längst reif und ist überreif geworden. Wie die Umstände

in der Gegenwart beschaffen sind, haben nicht die Deutschen allein zu verantworten; auch nicht die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion. Neue Entwicklungen haben ihren Einfluß weltweit geltend gemacht und Großmächte und ihre Politiker pflegen das zu beachten und flüchten sich nicht in ein Wunschdenken, es könne eigentlich doch anders sein. So unwichtig ist die Bundesrepublik nicht, daß ihre ernsthaften Politiker sich in Provizialismen flüchten müssten.

Weizsäckers Verhalten steht leider für viele. Da wird mit Äußerungen von Senatoren Meinungsmache betrieben, und niemand hörte je vorher deren Namen. Die Stimmen der Einflußreichen jedoch passen offenbar nicht in die politische Trauandschaft. Da werden Zeitungen zitiert, die in abwägenden Artikeln für und gegen prüfen, und die dann doch nur in solchen Passagen benutzt werden, die brauchbar erscheinen, das eigene Bild zu besonnen.

Was sind das für Methoden! Sie führen nicht zur Wahrheit, aber sie schaden einem Lande, das seine Bürger mühsam zum politischen Mitdenken zu bringen versucht. Daran mitzuwirken wäre vor allem die Aufgabe derer, die besseres Wissen erwerben und größere Unabhängigkeit von parteitaktischen Wünschen beweisen könnten. Des Bundeskanzlers Wort, das in der Auseinandersetzung um den Mißtrauensantrag gesprochen wurde, sollten sich viele merken: "Für ein Volk, um dessen Zukunft es geht, sind bittere Wahrheiten besser als süße Illusionen". Wer den Frieden will, darf nicht nur von ihm reden, er muß ihn durch Handlungen und Entscheidungen, durch Kompromisse und sicher oft bittere Entbehrungen fundieren helfen, er muß ihn "auf den Weg bringen".

Dr. Richard Freiherr von Weizsäckers Darlegungen in der Diskussion um den Mißtrauensantrag waren, soweit sie sich mit den Ostverträgen befaßten, eine tiefe Enttäuschung für den, der diesen Mann als Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages als souverän und fortschrittlich erlebt hat und ihn nicht als Helfershelfer in Erinnerung behalten möchte.

Fritz Sänger
(-/ee/3.5.1972/ks)

Engagierte Bürger

Ein Gewinn für die Demokratie

In unserem Volk ist, ausgelöst durch die Auseinandersetzungen um die Ostverträge, eine große Bewegung im Gange. So etwas hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Viele Millionen Bundesbürger verfolgten im Fernsehen in der letzten Woche die Bundestagsdebatten. Die Feiern zum 1. Mai hatten einen Zulauf wie noch nie in den vergangenen Jahren. Viele Zehntausende bekundeten, als die Regierung Brandt/Scheel durch das konstruktive Mißtrauensvotum mit Hilfe von Abtrünnigen gestürzt werden sollte, spontan ihre Sympathie für eben diese Regierung, und die SPD hatte und hat in diesen Tagen Neubei-tritte in einer Zahl zu verzeichnen, die weit über der Hälfte des Zugangs des ganzen letzten Jahres liegt.

Die Bürger dieser Bundesrepublik spüren die Schwere der Entscheidung, die der Bundestag zu fällen hat. Ungezählte Briefe und Telegramme laufen bei den Bundestagsabgeordneten und in den Parteibüros ein. Nach der jüngsten Allenbach-Umfrage bejahen 52 vH. der Bevölkerung die schnelle Ratifizierung der Ostverträge; käme es zu Neuwahlen würden sich für die SPD 49 vH. und für die FDP 5 vH. der Wähler entscheiden - eine klare überzeugende Mehrheit. Die sozial-liberale Koalition hätte also Neuwahlen nicht zu befürchten.

Niemand kann heute mehr sagen, er wisse nicht, worum es in diesen Tagen geht. Durch unser Land weht der Atem des Geschichtlichen. Alle stecken mehr oder weniger in einem Prozeß verschärfter politischer Bewußtseinsbildung, und es scheiden sich die Geister. Insgesamt kann die Demokratie dabei nur gewinnen. Sie braucht das politische Engagement der Bürger, seinen Bekennermut und seine Standhaftigkeit, gepaart mit der Einsicht dessen, was für die Bundesrepublik 27 Jahre nach Kriegsende not tut. Ein besonderes Lob aber gebührt jenen Historikern, die nicht nur die Geschichte erforschen, die Gegenwart beobachten, sondern durch ihr Ja zur Politik der Bundesregierung Brandt/Scheel auch die Zukunft im Sinne eines gesicherten Friedens nach innen und außen mitgestalten wollen.

(ac/ex/3.5.1972/ks)